

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 267 (1988)

Artikel: Blick in die Welt : Mai 1986 bis Mai 1987
Autor: Bühner, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-376645>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

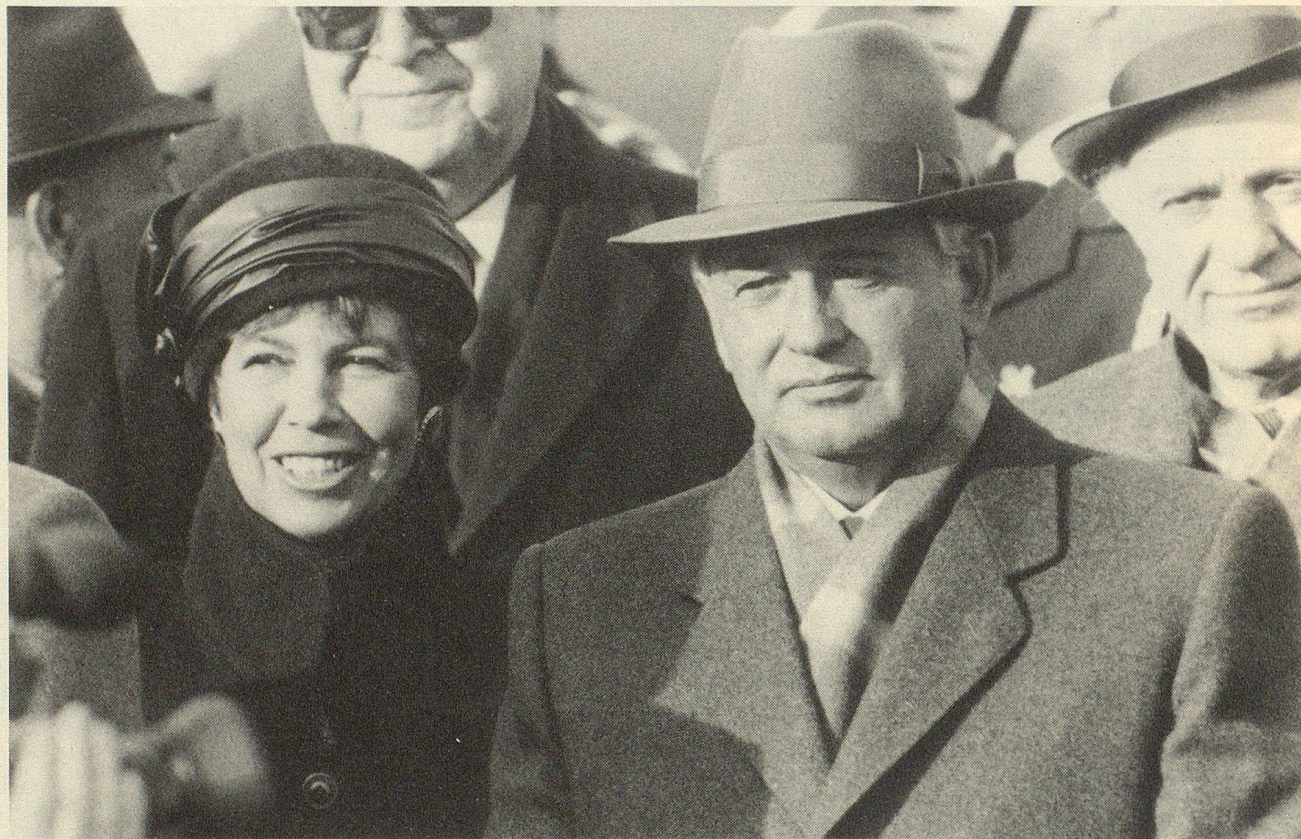
Download PDF: 18.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

(Mai 1986 bis Mai 1987)

Von Dr. Walter Bühner, Trogen



Neuer (Führungs)Stil im Kreml: Michail Gorbatschow und Ehefrau Raisa.

Der Historiker *Jacob Burckhardt* (1818 bis 1897), der unkontrollierter Macht mit tiefer Skepsis gegenüberstand, sähe sich gewiss bestätigt: Er könnte unter Westeuropäern neuerdings jenes «Verlangen» entdecken, «sich an einem für gross gehaltenen Eindruck zu berauschen und darüber zu phantasieren». Diesem Bedürfnis kommt zurzeit — erstaunlicherweise — ein Sowjetführer entgegen: Parteichef *Michail Gorbatschow*. Gorbatschow, erst seit Frühjahr 1985 im Amt, hat es tatsächlich wie keiner seiner Vorgänger verstanden, die westlichen Medien, Kreml-Beobachter und Politiker in seinen Bann zu ziehen. Die Faszination, die vom ersten

Mann im Kreml ausgeht, hat mehrere Gründe: Gorbatschow ist der erste Sowjetführer, der mit dem Medium Fernsehen umzugehen weiss und der sich seiner virtuos bedient, um ein Image «jugendlicher Dynamik», staatsmännischen Verantwortungsbewusstseins und sympathischer Vertrauenswürdigkeit zu schaffen. Er hebt sich dadurch umso deutlicher von seinen Vorgängern Breschnew, Andropow und Tschernenko ab, deren Altersgebrechlichkeit beinahe symbolhaft die Stagnation, Verbürokratisierung und fehlende Innovationskraft des Sowjetimperiums zum Ausdruck brachte. Mit Gorbatschow verbindet sich aber auch, in den Augen

eines nicht unbeträchtlichen Teils der westlichen Öffentlichkeit, die Hoffnung auf substantielle Abrüstungsschritte und auf eine neue Ära der *Entspannung* zwischen Ost und West; in Teilen der westdeutschen Publizistik schwingt auch die Erwartung weiterer Annäherungsschritte zwischen den getrennten Teilen Deutschlands mit.

In den gut zwei Jahren seines Wirkens als Generalsekretär der KPdSU hat Gorbatschow zweifellos Erstaunliches fertiggebracht. Ob die bisher eingeleiteten «Reformen» allerdings schon das Prädikat «historisch» verdienen oder Vergleiche mit «Peter dem Grossen» rechtfertigen, muss doch wohl noch offengelassen werden. Toquevilles Bemerkung, wonach in der Politik «die Auswirkungen der Ereignisse weniger von diesen selbst abhängen als vom Eindruck, den sie vermitteln...», verdient in diesem Zusammenhang gewiss Beachtung.

Nüchtern betrachtet lässt sich im Rahmen dieser Chronik folgende *Zwischenbilanz* der Reformpolitik Gorbatschows ziehen:

1. Durch *Umbesetzungen* und Ablösungen, zum Teil in Schlüsselstellungen des Staats- und Parteiapparates, der Armee und des Geheimdienstes, vermochte der Kreml-Chef seine Machtbasis in den ersten zwei Jahren bemerkenswert rasch zu verbreitern und abzusichern. Der Verlauf des ZK-Plenums vom Januar 1987 liess jedoch erkennen, dass der Reformkurs innerhalb des Apparates auf nicht geringen Widerstand stösst.

2. Im Zeichen der Reformpolitik sind «*Glasnost*» (Transparenz), «*Perestroika*» (radikale Umgestaltung) und «*Demokratie*» zu vielzitierten Schlagworten geworden. Nichts deutet indessen auf eine Liberalisierung oder Demokratisierung im westlichen Sinne hin: Sämtliche Reformen werden von oben her dekretiert; am absoluten Herrschaftscharakter der kommunistischen Partei hat sich nichts geändert.

3. Am 19. Dezember 1986 durfte der Bürgerrechtler *Andrej Sacharow* nach fast siebenjähriger Verbannung in Gorki nach Moskau zurück-

kehren. Freigelassen wurden auch weitere prominente Dissidenten wie Josef Begun oder der Psychiater Anatoli Korjagin. Am 9. Februar 1987 begnadigte das Präsidium des Obersten Sowjets 140 politische Häftlinge — Fortschritte im Menschenrechtsbereich, die auch anlässlich der KSZE-Folgekonferenz in Wien registriert wurden.

4. Offener, farbiger und interessanter wurde nicht nur die Berichterstattung in den Medien, sondern der gesamte Bereich der *sowjetischen Kultur*: bildende Künste, Musik, Theater, Filme, Kongresse. Diese Öffnung zielt zweifellos darauf hin, Intellektuelle, Wissenschaftler und Kulturschaffende für Gorbatschows Reformkurs zu gewinnen. Offen blieb die Frage nach der Reaktion des einfachen Sowjetbürgers, dem u.a. mehr Arbeitsdisziplin, grössere Leistung und ein teilweiser Verzicht auf Alkohol zugemutet wurde.

5. Noch keine klaren Umrisse von «*Perestroika*» zeichnen sich im Bereich der *Wirtschaftspolitik* ab: Gorbatschow schien bislang mehr auf überkommene Rezepte wie Disziplin, mehr Kontrolle und bessere Bekämpfung der Korruption zurückzugreifen denn einschneidende Systemveränderungen unter Einführung marktwirtschaftlicher Elemente (nach dem erfolgversprechenden Beispiel Chinas) ins Auge zu fassen.

6. Auch auf *aussenpolitischem Gebiet* setzte Gorbatschow die Prioritäten anders als seine Vorgänger. Zwar machte Moskau keinerlei Abstriche am Anspruch, eine den USA ebenbürtige Supermacht zu sein. Deutlich erkennbar wurde jedoch die Absicht der Kreml-Führung, teure überseeische Engagements abzubauen (Moçambique, Angola), neue Beziehungen anzubahnen (China, Japan, Pazifik, Israel) oder sich aus zunehmend belastenderen Verstrickungen zu lösen (Afghanistan). Die Bemühungen um einen Truppenabzug aus *Afghanistan* zerschlugen sich indessen an der Forderung der Sowjets nach einer Feuereinstellung seitens der Widerstandskämpfer und nach Beendigung der «imperialistischen Einmischung».

Arthritis, Rheumatismus,
Ischias, Gicht, Muskelschmerzen,
Neuralgien

Bryonia Liniment

200 ml Fr. 25.80

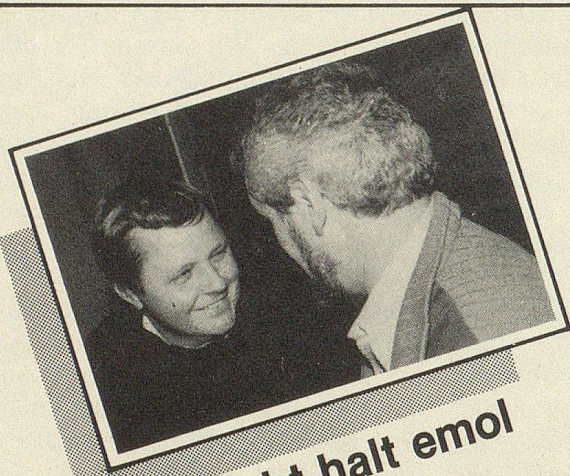
500 ml Fr. 59.--

täglich einreiben, hilft zuverlässig!
Fördert die Durchblutung, wärmt
nachhaltig, lindert die Schmerzen.

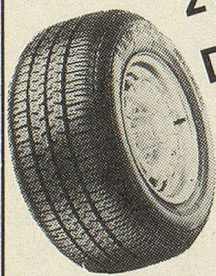
Drogerie Schneider, 9220 Bischofszell

Telefon 071 81 27 41

Post-Versand



«Moscht halt emol
bim Schmuki
z Herisau go luege.



Dä hät doch
allewil die beschte
Sommerpneu.»

Wir beraten Sie gerne.
Kommen Sie vorbei!

Industriestrasse 19
Tel. 51 59 39

Garage

Neu- und Occasions-Wagen

PNEU

SCHMUKI

Auf keinem Gebiet war die Abkehr vom ausserpolitischen Kurs der Breschnew-Ära indes-
sen so radikal wie im Bereich der Abrüstungs-
politik: Bei einem kurzfristig vereinbarten *Gip-
feltreffen* mit US-Präsident Reagan in Reykja-
vik (12. Oktober 1986) erklärte sich Gorbatschow nicht nur mit der 1981 von den Amerika-
nern vorgeschlagenen «Null-Lösung» bei den
Mittelstreckenraketen einverstanden, sondern
einigte sich mit Reagan prinzipiell auch auf ei-
nen 50prozentigen Abbau der Interkontinental-
raketen-Arsenale. Ein Abkommen scheiterte al-
lerdings — vorerst — an der Forderung der
Russen nach einem Verzicht der Amerikaner
auf ihr weltraumgestütztes Raketenabwehr-
Projekt (SDI). Nur vier Monate später liess
Gorbatschow, in einer weiteren Kehrtwendung,
auch dieses Junktim fallen: Am 28. Februar
1987 sprach er sich ohne weitere Bedingungen
für ein *Separatabkommen* über die Beseitigung
sämtlicher Mittelstreckenraketen mit einer
Reichweite zwischen 1000 und 5500 km in Euro-
pa (270 SS-20 und 112 SS-4 auf sowjetischer
Seite, 108 Pershing-II und 208 Cruise Missiles
bei den Amerikanern) aus und erklärte sich aus-
serdem bereit, über einen Abbau der atomaren
Kurzstreckenraketen (500-1000 km) zu verhan-
deln, bei denen die Sowjets ein markantes Über-
gewicht besitzen. Gorbatschows Vorschlag ei-
ner «doppelten Null-Lösung» fand bei der US-
Regierung weitgehende Zustimmung (so dass
ein Abkommen in Griffnähe rückte), stiess je-
doch bei den westeuropäischen Nato-Verbünde-
ten auf Skepsis; Franzosen, Briten und West-
deutsche wiesen auf die Überlegenheit des War-
schauer Paktes bei den konventionellen Waffen
hin und äusserten unumwunden ihre Besorgnis
angesichts der möglichen Durchlöcherung des
amerikanischen Nuklearschildes.

Nicht nur die Kreml-Führung war an einem
Durchbruch auf dem Gebiet der Rüstungskon-
trolle interessiert. Auch die Administration in
Washington brauchte dringend einen ausserpo-
litischen Erfolg. US-Präsident Reagan war im
November wegen geheimer *Waffenlieferungen
an Iran* in Bedrängnis geraten. Eine politisch ge-
fährliche Ausweitung erfuhr die «Iran-Affäre»,
als sich herausstellte, dass der Erlös dieser Waf-
fengeschäfte — im Widerspruch zu geltenden

Gesetzen — teilweise zur Unterstützung der antisandinistischen Widerstandskämpfer («Contras») verwendet worden war. Reagan konnten im Untersuchungsbericht der Tower-Kommission zwar keine strafrechtlich relevanten Handlungen nachgewiesen werden; die Waffen-Affäre erschütterte jedoch auf bedenkliche Weise seine Glaubwürdigkeit. Offen blieb namentlich die Frage, ob und wieviel der Präsident von der illegalen Abzweigung von Geldern zugunsten der Antisandinisten gewusst hatte. Als Folge der Iran-Contra-Affäre mussten sowohl Reagans Sicherheitsberater *John Poindexter* (einer der Drahtzieher) als auch der Stabschef des Weissen Hauses, *Donald Regan*, den Hut nehmen; an ihre Stelle traten Frank Carlucci, bzw. der republikanische Ex-Senator Howard Baker. Bereits bei den Kongresswahlen von Anfang November hatte Reagan einen empfindlichen Rückschlag erlitten: Im Senat gewannen die Demokraten die Mehrheit zurück, im Repräsentantenhaus vermochten sie ihr Übergewicht noch auszubauen.

Ungeachtet ihrer Schwierigkeiten hielt die US-Regierung an der Konfrontationspolitik gegen das sandinistische *Nicaragua* fest. Ende Juni 1986 hatte der US-Kongress einem 100-Mio.-Dollar-Hilfspaket zur Unterstützung der «Contras» zugestimmt; im Kampf gegen die Sandinisten erwies sich die Guerilla jedoch als stumpfe Waffe. Ihre vereinzelt, schlecht geführten Aktionen konnten vom Regime geschickt als Vorwand verwendet werden, innenpolitisch die Schrauben weiter anzuziehen und die Opposition mundtot zu machen.

Kein Ende des Bürgerkrieges auch auf *Sri Lanka*: Bemühungen um ein Ende der Auseinandersetzungen zwischen (buddhistischen) Singhalesen und der Bevölkerungsminderheit der (hinduistischen) Tamilen zerschlugen sich vorab an der Unnachgiebigkeit radikaler Tamilen-Organisationen, die auf die Schaffung eines unabhängigen Tamilen-Staates («Eelam») hinarbeiteten. Anfang Januar 1987 proklamierten die «Befreiungstiger», die mächtigste der untereinander bitter verfeindeten Guerillaorganisationen, die Machtergreifung auf der Halbinsel Jaffna, worauf die Regierung mit einer Land- und Seeblockade antwortete. Als sich im April

eine leichte Entspannung abzeichnete — Präsident Jayewardene hatte eine zehntägige Waffenruhe zum buddhistischen Neujahrsfest verkündet und neue Friedensverhandlungen in Aussicht gestellt —, antworteten tamilische Extremisten mit beispiellosem *Terror*: Am Karfreitag überfielen Guerilleros im Osten der Insel drei Reisebusse und ermordeten 127 Singhalesen, unter ihnen viele Frauen und Kinder. In der Woche darauf forderte ein Bombenanschlag auf dem Busbahnhof von Colombo weit über 100 Opfer. Die Regierung, die alle Mühe hatte, die aufgebrachten Singhalesen von Racheakten abzuhalten, antwortete mit Luftangriffen gegen Guerillastützpunkte. Die Friedenschancen waren einmal mehr zunichte gemacht.

Auf den *Philippinen* vermochte sich Präsidentin Corazon Aquino trotz mehreren Putschversuchen von Marcos-Anhängern an der Macht zu halten. In einem *Verfassungsreferendum* sprach ihr die Bevölkerung Anfang Februar 1987 — ein knappes Jahr nach dem unblutigen Umsturz — mit überwältigender Mehrheit ihr Vertrauen aus. Der Versuch, das seit bald 20 Jahren von einem Aufstand kommunistischer Rebellen erschütterte Land zu befrieden, zerschlug sich u.a. an der Forderung der «*New People's Army*» (NPA) nach Beteiligung an der Regierung. Am 8. Februar weigerte sich die NPA-Führung, den seit 60 Tagen währenden Waffenstillstand zu verlängern, worauf der Krieg mit neuer Heftigkeit ausbrach.

Politische Turbulenzen auch in der *Volksrepublik China*: In mehreren Städten, u.a. in Schanghai und Peking, kam es zu *Studentenunruhen*, in deren Verlauf auch politische Forderungen und Kritik an der herrschenden KP vorgetragen wurden. Die Liberalisierungspolitik Teng Hsiao-pings geriet darob vorübergehend in ernsthafte Bedrängnis; innerhalb der KP wuchs der Widerstand gegen ein Modernisierungsprogramm, in dessen Verlauf nach Meinung der «Hardliner», schädliche Einflüsse aus dem Ausland eingedrungen waren. Die Führung um Teng vermochte zwar auf wirtschaftlichem Gebiet ihren Kurs beizubehalten, musste jedoch auf gesellschaftspolitischer Ebene Konzessionen machen, indem sie eine «*Kampagne gegen bürgerlichen Liberalismus*» entfesselte. Ins Kreuz-



Das grausame Gesicht des Golfkrieges: Tod in den Sümpfen des Schatt el Arab.

feuer der Kritik geriet namentlich der Teng-Gefolgsmann *Hu Yaobang*, der am 16. Januar als Generalsekretär der KP Chinas zurücktreten musste und von Ministerpräsident Zhao Ziyang abgelöst wurde. Mit dem Abschluss eines Abkommens mit Portugal, welches die Übergabe der Kolonie *Macao* am 20. Dezember 1999 — zwei Jahre nach Hongkong — vorsieht, konnte Teng indessen im März einen wichtigen aussenpolitischen Erfolg verbuchen.

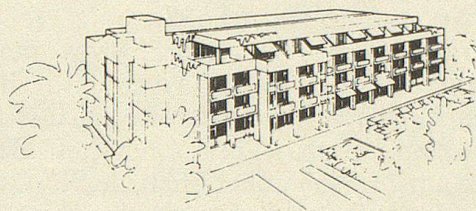
Erfolge im Hinblick auf eine Friedenslösung im *Nahen Osten* blieben dagegen auch in der Berichtsperiode aus: Zwar traf sich der israelische Ministerpräsident Schimon Peres am 22. Juli 1986 in Marokko mit König Hassan II., am 11. September in Alexandria mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak sowie in mehreren geheimen Begegnungen mit dem jordanischen König Hussein. Eine internationale *Nahostkonferenz*, wie sie von arabischer Seite als Rahmen für Verhandlungen mit Israel gewünscht wird, blieb indessen zwischen den israelischen Koali-

tionsparteien umstritten (wobei sich insbesondere der Likud-Block vehement dagegen sträubte). Die zerstrittenen palästinensischen Widerstandsorganisationen versöhnten sich anlässlich ihres Kongresses in Algier, distanzierten sich jedoch von ihren bisherigen Partnerländern Jordanien, Syrien und Ägypten. — Im *Golfkrieg* vermochten sich die Iraner, im Rahmen ihrer Grossoffensive «Kerbela-5», bis in unmittelbare Nähe der irakischen Hafenstadt Basra vorzuarbeiten, jedoch keine Wende in diesem seit über sechs Jahren tobenden Ringen zu erzwingen. — In *Libanon* führte die monatelange Belagerung von Palästinenserlagern durch schiitische Amal-Milizen am 22. Februar 1987 zum neuerlichen Einmarsch syrischer Truppen in Westbeirut. — In *Tschad* eroberten die von Frankreich und den USA unterstützten Regierungstruppen die von libyschen Verbänden besetzten Oasenstädte Fada und Ouadi Doum zurück und fügten damit dem libyschen Diktator Ghadhafi empfindliche Schläppen zu.

Sanktionsmassnahmen des Auslandes (insbesondere von seiten der EG und der USA) führten in *Südafrika* zu einer spürbaren Verhärtung der Regierungspolitik unter Präsident Pieter W. Botha. Die «weissen» Parlamentswahlen vom 6. Mai 1987 endeten nicht überraschend mit einem Triumph der regierenden Nationalen Partei, die ihre absolute Mehrheit auf Kosten der liberalen Opposition weiter auszubauen vermochte, während auch die rechtsextreme Konservative Partei Stimmengewinne verbuchte. Der Schulterchluss im «Lager» der Weissen lässt eine weitere Verschärfung der Rassenkonfrontation in Südafrika erwarten.

Europa blieb auch im 42. Jahr seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges von grösseren Erschütterungen verschont. Einige zentrale Ereignisse seien nachstehend stichwortartig zusammengefasst:

In der *Bundesrepublik Deutschland* behielt das Regierungsbündnis aus Unionsparteien und FDP bei den Bundestagswahlen vom 25. Januar 1987 die Mehrheit (CDU/CSU: 44,3 Prozent, FDP: 9,1, SPD: 37,0, Grüne: 8,3). Krisenerscheinungen in der SPD führten im März zum Rücktritt von Parteichef Willy Brandt; an seine Stelle trat der bisherige Fraktionsvorsitzende Hans Jochen Vogel. Nach dem Bruch der rot-grünen Regierungskoalition in Hessen erhielten CDU und FDP bei Neuwahlen Anfang April überraschend eine parlamentarische Mehrheit. — *Frankreich* erlebte im September den vermutlich von Libanesen entfesselten Bombenterror im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Prozess gegen den Terroristen Georges Ibrahim Abdallah, der zahlreiche Tote und Verletzte forderte. Im Dezember sah sich die bürgerliche Regierung aufgrund von Studentenprotesten gegen eine geplante Universitätsreform veranlasst, ihre Reformvorhaben vorerst aufs Eis zu legen. — In *Italien* zerbrach im Frühling 1987 die Regierungskoalition unter dem Sozialisten Bettino Craxi, so dass vorgezogene Neuwahlen nötig wurden. — Die *Österreicher* wählten am 8. Juni 1986 den ehemaligen UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim zu ihrem Bundespräsidenten — ungeachtet einer vom Ausland her geführten Kampagne, die dessen Vergangenheit als Offi-



Kurhotel Heiden

Telefon 91 11 15

Bö-Stube und à la carte-Restaurant
vorzüglich

Medizinal-Hallenbad (33° C)
täglich 11.00 bis 21.00 Uhr
Saunas ab 13.30 Uhr
(Dienstag und Donnerstag reserviert
für Damen)

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
Frau Hulda Aeschbacher

LOCHER BRÄU

«Quöllfrisch» aus der einzigen
Appenzeller Brauerei; ein kluger,
ein erfrischender Schluck aus
der Brauerei Locher AG.

100 Jahre Tradition und doch ein
moderner, qualitätsbewusster
Brauereibetrieb. Quellfrisches
Bier aus einer kleinen Welt, wo
wirklich noch frische Quellen
fliessen. Hier stimmt noch vieles,
vor allem die Qualität.

zier der deutschen Wehrmacht betraf. Die Bundespräsidenten-Wahl führte am 9. Juni zum Rücktritt Bundeskanzler Sinowatz' (Nachfolger: Franz Vranitzky). Am 15. September kündigte die SPÖ die Regierungskoalition mit der FPÖ auf, nachdem diese den Rechtsausen Jörg Haider zum Parteichef erkoren hatten. Bei Neuwahlen am 23. November blieb die SPÖ stärkste Partei, worauf am 14. Januar eine Grosse Koalition mit der ÖVP unter Vranitzky (Bundeskanzler) und Mock (Vizekanzler und Aussenminister) zustandekam.

Im Banne der Umweltkatastrophen

Das politische Geschehen in der Schweiz stand in erheblichem Masse unter dem Eindruck der Umweltkatastrophen von Tschernobyl (Ende April 1986) und *Schweizerhalle* (wo in der Nacht auf den 1. November eine Lagerhalle von Sandoz AG abbrannte und grosse Mengen giftiger Chemikalien mit dem Löschwasser in den Rhein gelangten). Bei kantonalen und kommunalen Wahlen verzeichneten die Grünparteien vielerorts einen markanten Vormarsch — wie andererseits auch die NA, die von den anhaltenden Diskussionen um die Asylproblematik profitierte. Ein aus Kreisen der Hilfswerke und der Kirchen ergriffenes Referendum gegen die Verschärfung des Asylgesetzes wurde mit grosser Mehrheit verworfen. Als Nachfolger für die zurücktretenden CVP-Bundesräte Alphons Egli und Kurt Furgler wählte die Bundesversammlung den Tessiner *Flavio Cotti* und den Appenzeller *Arnold Koller*.



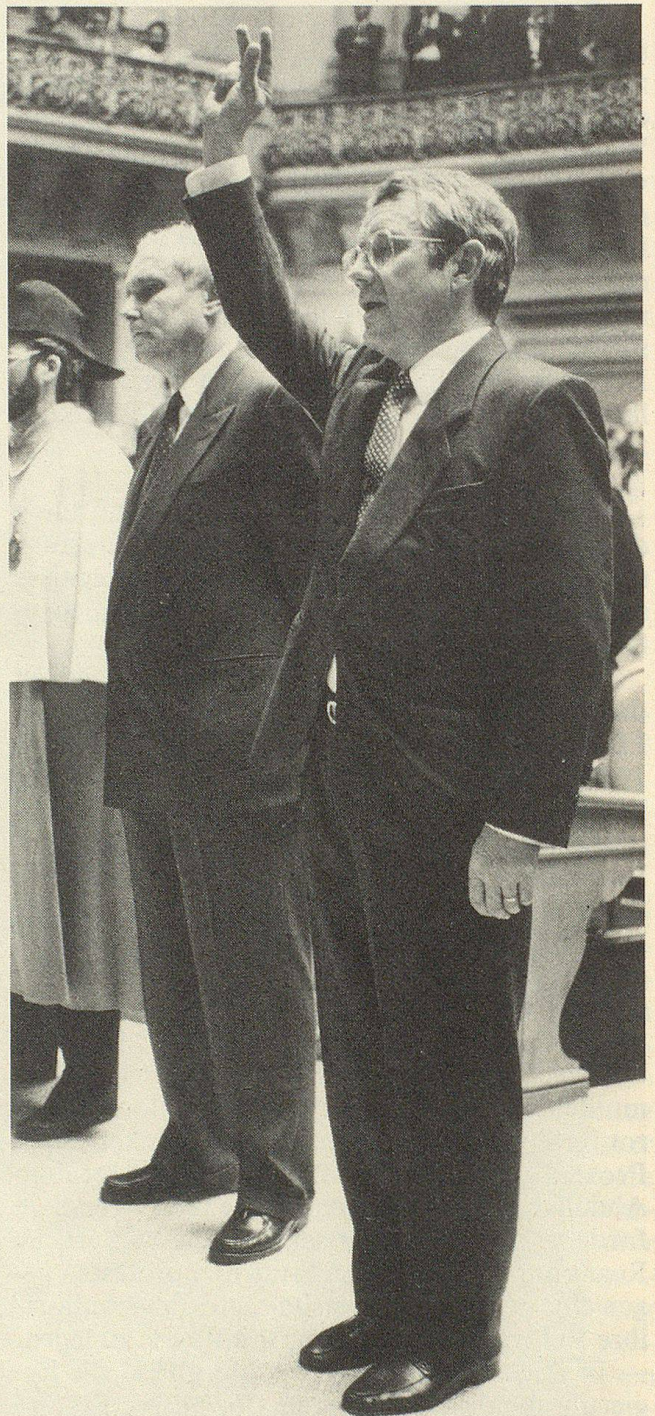
Richard

FITZI

9413 Oberegg
Tel. 071 91 13 14

Uhren Bijouterie
Optik
Zinn
und Gravuren

**Reparaturwerkstätte
für Uhren und Schmuck
aller Art.**



Die neugewählten Bundesräte Arnold Koller (vorne) und Flavio Cotti bei der Vereidigung vor der Bundesversammlung.